

Zwischen den Stühlen

Trostloses Schicksal der Rohingyas aus Myanmar in Bangladesch

Roland Platz

Manchmal sind es mehr als 10 Personen, die in qualvoller Enge auf einer Fläche von drei Quadratmetern hausen. Es sind Rohingyas, muslimische Flüchtlinge aus dem Nachbarland Myanmar (Birma). Ein Teil von ihnen lebt schon seit 1992 in den Flüchtlingslagern Nayapara und Kutupalong. Beide liegen südlich von Cox's Bazar in der Region Chittagong im südöstlichen Bangladesch und in beiden sind die gleichen Missstände anzutreffen: Mangelnde Hygiene, Wasserknappheit, unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und zu wenig medizinische Betreuung. Arbeiten ist offiziell verboten, Schule gibt es nur für Kinder im Grundschulalter. Shoyebur Rahman, Chef der Flüchtlingsbehörde Bangladeschs klagt das im Land tätige UN Flüchtlingskommissariat (UNHCR) an, es verhindere durch seine anti-birmesische Propaganda die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat.

Bangladesch will die ungeliebten Flüchtlinge aus Myanmar loswerden. Die Regierung will verhindern, dass die Rohingyas Bengali lernen und hier heimisch werden. Zurzeit sind etwa 20.000 Menschen offiziell vom UNHCR registriert. Neben diesen 20.000 gibt es noch Tausende, die nicht registriert sind. 8000 von ihnen leben in Teknaf am Naaf-Fluss, der die Grenze zu Myanmar bildet. Hier sind die Menschen in der Regenzeit vom Hochwasser bedroht. Die Bewohner der Lager berichten von Einschüchterungen durch die Polizei, dem Wachpersonal und der *Mahjees*, das sind Campverwalter aus den eigenen Reihen, die jedoch oftmals ihre Macht missbrauchen.

Im November 2004 ereignete sich ein Zwischenfall mit drei Toten, weil es zu Protesten und einem Hungerstreik wegen der schlechten Lagerbedingungen kam. Die lokale Bevölkerung beschuldigt die Flüchtlinge, ihr Vieh zu stehlen und den Wald zu zerstören. Es leben aber auch einige Flüchtlinge unbehelligt außerhalb der Lager in bengalischen Dörfern. Die letzte große Flüchtlingswelle von 1992 spülte

250.000 Rohingyas nach Bangladesch. 230.000 wurden zwischenzeitlich repatriiert. Die meisten von ihnen zwischen 1994 und 1995, 50.000 davon unfreiwillig. Der UNHCR offerierte im Jahr 2005 235 US-Dollar Unterstützung für jeden Rückkehrer, doch es gehen kaum Menschen zurück.

Im Gegenteil, bereits Repatriierte tauchen wieder in Bangladesch auf. Der Grund ist einfach: In Myanmar werden die Rohingyas unterdrückt wie eh und je. Immerhin hat das UN-Flüchtlingskommissariat auch in Myanmar Stützpunkte beziehen dürfen, aber letztlich hat es keinen Einfluss auf das Geschehen. Das ist in Bangladesch allerdings im Grunde nicht viel anders, die häufigen Proteste von Seiten des UNHCR oder von sonstigen Nichtregierungsorganisationen laufen oft ins Leere.

Wer sind die Rohingyas?

Die Rohingyas sehen sich als eigene ethnische Gruppe muslimischen Glaubens, die schon Jahrhunderte in Arakan (jetzt Rakhine State genannt) siedeln, dem an Bangladesch grenzenden Bundesstaat im Nordosten Myanmars. Ihre

Sprache ist ein Bengali-Dialekt, ähnlich der in der Region Chittagong gebräuchlichen Sprache und weist darüber hinaus Elemente des Urdu, Hindi, Arabischen und Birmesischen (Bama) auf. Die ersten Muslime in der Region waren arabische Händler und Seeleute im 8. und 9. Jahrhundert. Später folgten Perser, Türken, Pathanen und Bengalis. Im 15. Jahrhundert existierte sogar ein eigenständiges Königreich Arakan mit der Hauptstadt Mrauk-U, welches von den Birmanen 1784 erobert wurde.

Als 1826 nach dem ersten anglo-birmanischen Krieg Arakan an das Kolonialreich der *East India Company* fiel, setzte eine Migrationsbewegung von Bengalen aus Chittagong nach Arakan ein. Das führte zunehmend zu Spannungen zwischen den vorwiegend muslimischen Bengalen und der buddhistischen Mehrheitsbevölkerung. Die so genannte kommunalistische Gewalt, wie sie heute auftritt, war bis dahin unbekannt. Doch gemäß der kolonialistischen Doktrin des *Divide et Impera*, wurden vielen muslimischen Einwanderern Verwaltungsaufgaben übertragen.

Das Militär setzte sich vorzugsweise aus teilweise muslimischen Indern mit einem britischen Offizierscorps zusammen. Die Geldverleiher, die im Zuge der Monetarisierung der Wirtschaft in Erscheinung traten, waren allesamt Inder. Angesichts dieser Situation ist es kein Wunder, dass der stark nationalistisch eingefärbte antikoloniale Widerstand auch die Muslims traf. Rohingya galten als Handlanger des Kolonialstaates und als Fremde. Dabei wurde übersehen, dass sie seit Jahrhunderten in Arakan siedeln.

Schon während der japanischen Besatzung Birmas 1942 gab es Konflikte zwischen den pro-britischen Muslimen und nationalistischen Rakhine in Arakan. Die Rakhine sind Buddhisten und ethnisch wie sprachlich mit den Birmanen verwandt. 22.000 Rohingyas flohen nach Bengalen, wie das heutige Bangladesch zu dieser Zeit hieß. Nach der Unabhängigkeit 1948 strebten führende Rohingyas eine Angliederung an das damalige Ostpakistan an. Von britischer Seite gab es eine nie eingehaltene Zusage für einen eigenen Staat.

Die Regierung in Rangun bezeichnete die Rohingyas umstandslos als illegale Migranten. Die Flüchtlinge vor der japanischen Besatzung von 1942 hatten kein Rückkehrrecht. 1977 initiierte der burmesische Diktator Ne Win im Zuge der Nationalisierungspolitik die Operation Nagamin (Drachenkönig) zur Registrierung der „Fremden“. Damals wurden unterschiedliche Bürgerrechte eingeführt. Die ausgestellten Ausweise haben je nach Bürgerrecht eine unterschiedliche Farbe.

Alle alteingesessenen Minderheiten einschließlich der birmesischen Mehrheit haben die vollen Bürgerrechte. Voraussetzung ist, dass sie als Volksgruppe bereits vor 1826, dem Beginn des Kolonialreichs, im Land gelebt haben. Angehörige von danach eingewanderten Volksgruppen können ein so genanntes assoziiertes Bürgerrecht erhalten. Die bis 1948, dem Jahr der Unabhängigkeit, Registrierten sind naturalisierte Bürger, die rechtlich auf verschiedene Wei-

se diskriminiert werden. Sie dürfen zum Beispiel keinen Grundbesitz haben. All jene wie die Rohingyas, die in keine dieser Kategorien fallen, haben überhaupt keine Bürgerrechte.

Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben. In der Konsequenz bedeutet das: Kein Recht auf sekundäre Schulbildung, kein Eigentumsrecht, keine politischen oder Verwaltungsämter, keine Reisefreiheit. Darüber hinaus herrscht die ständige Gefahr von Militärübergriffen und eigentlichen Pogromen. 1978 kam es zum Exodus von 200.000 Rohingyas nach Bangladesch, provoziert durch Übergriffe der birmesischen Armee. Es entstanden 13 Flüchtlingscamps, in denen die Rohingyas als unwillkommene Gäste dahingevegetierten.

Die letzte Massenflucht fand wie erwähnt 1991/92 statt, ebenfalls ausgelöst durch das birmesische Militär. 250.000 Menschen aus den Townships Maungdaw, Buthidaung und Rathedaung im Norden des Rakhine State machten sich auf den Weg nach Bangladesch. Im Rakhine State leben 3 Millionen Menschen, davon sind zwischen 700.000 und 1, 5 Millionen Rohingyas. Im Norden des Bundesstaates sind allerdings 80 Prozent der Bevölkerung Muslims. Im gesamten Land sind 4-5 Prozent der Bevölkerung muslimisch.



Moslems vor der Hauptmoschee in Hpa-an

Widerstand in Arakan

Hintergrund der Militäraktionen im Rakhine State ist der bewaffnete Widerstand gegen die Zentralregierung, sowohl von muslimischer als auch buddhistischer Seite. Schon nach der Unabhängigkeit 1948 begann die Zentralgewalt des Staates entlang ethnischer Grenzen schnell zu zerfallen. Auf Rohingya-Seite erfolgte 1995 ein Zusammenschluss der *Rohingya Solidarity Organisation (RSO)* und der *Arakan Rohingya Islamic Front (ARIF)* zur Rohingya National Alliance. 1998 bildete dann die ARIF mit zwei RSO-Fraktionen die *Arakan Rohingya National Organisation (ARNO)*. Auf buddhistischer Seite in Rakhine gibt es die *National United Party of Arakan (NUPA)* und die *Arakan Army*. Wie im ganzen Land ist die Oppositionsbewegung in zahllose Fraktionen gespalten. Die Anzahl der Kämpfer liegt im gesamten Rakhine State bei unter Tausend. Militärisch sind sie keine Herausforderung für die birmesischen Streitkräfte.

Die Aktionen der Militärs richten sich primär gegen Zivilisten. Besonders tut sich die Nasaka genannte Truppe hervor, eine eigens konstituierte Grenztruppe, die aus Polizei-, Militär- und Geheimdienstangehörigen besteht. Manchmal werden von den Behörden in den Dörfern die obligatorischen Familienlisten kontrolliert. Familienangehörige, die auf solchen Listen stehen, müssen bei den Kontrollen anwesend sein. Schon für den Besuch eines Nachbardorfes braucht man eine Erlaubnis. Heiratswillige benötigen die kostenpflichtige staatliche Erlaubnis. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen der dringende Besuch einer Klinik in der Hauptstadt Sittwe an der verweigerten Reiseerlaubnis scheiterte und zum Tod von Patienten führte.

Immer wieder müssen Rohingyas Zwangsarbeit im Straßenbau oder in Armeecamps leisten. Die Spannbreite reicht von mehreren Tagen bis über zwei Wochen im Monat. Immer wieder werden Land und Häuser konfisziert und Buddhisten bzw. Angehörige

Roland Platz

anderer Ethnien angesiedelt, in einigen Bezirken kann von einer ethnischen Vertreibungspolitik gesprochen werden.

Wir haben es also mit einer staatlichen Repressions- und Diskriminierungspolitik zu tun, die Spannungen und Ängste zwischen den Religionen schürt und verstärkt. Staatliche Stellen verbieten manchmal auch den Bau neuer Moscheen, übrigens auch Kirchen. Die Christen sind ebenfalls suspekt, nicht zuletzt weil es die Religion der ehemaligen Kolonialherren ist und viele Aufständische wie Karen, Kayah, Chin und Kachin Christen sind. Gab es vor 1963 muslimische Minister, sind heute außer im Geschäftsbereich in Schlüsselstellungen so gut wie keine Muslims mehr vertreten.

Auch außerhalb Arakans geraten in Birma Buddhisten und Muslims aneinander. Oft wird der Protest von buddhistischen Mönchen angeführt, wobei es sich dabei meist um verkleidete, staatlich gelenkte Provokateure und Spitzel zu handeln scheint. Dennoch ist auch der ein oder andere junge Mönch durchaus zur Gewalt bereit. Ein Gerücht oder ein tatsächlicher Vorfall, oft aufgebauscht, liefern den Anlass für die Auseinandersetzungen. Die Gewalt geht in der Regel von buddhistischer Seite aus. Im Norden Arakans, wo die Muslims die Mehrheit bilden, gibt es auch umgekehrte Fälle.

Muslims und Buddhisten

Die Zeitung *Working Peoples' Daily* verbreitete 1989 eine Warnung vor den muslimischen *kala* (Fremde), die birmesische buddhistische Frauen heiraten würden, um unreine Kinder zur Welt zu bringen. Durch ihre höhere Geburtenrate strebten sie die Vorherrschaft im Staate an. Buddhistische Mönche verteilten 2001 Pamphlete mit dem Titel „Angst, die eigene Rasse aufzugeben“, weil die Muslims, so der Vorwurf, buddhistische Frauen heiraten würden.

In der birmesischen Gesellschaft stehen die Muslime am unteren Ende.

Buddhisten hegen oft ein tief sitzendes Misstrauen gegen Muslims, bestimmte Rituale wie das Schlachten von Opfertieren werden von ihnen als anstößig betrachtet. Es gibt relativ wenige Heiraten zwischen Muslims und Buddhisten, obwohl die staatliche Propaganda offiziell solche Eheschließungen über die Grenzen der eigenen Volksgruppe hinweg gutheißt. Die Entrüstung vieler Buddhisten über die islamistisch motivierten Attentate vom 11. September 2001 und mehr noch das Zerstören der Buddhastatuen von Bamian in Afghanistan haben bei viele Buddhisten zu einer zunehmenden Entfremdung von der muslimischen Minderheit im eigenen Land geführt.

Die Zusammenstöße der letzten Jahre in Bago, Pyu und Sittwe werden damit in Zusammenhang gebracht. Wenn, wie in Sittwe 2001 geschehen, ein Streit ausbricht, weil buddhistische Mönche dem muslimischen Tea-shop Besitzer das Geld verweigern und ein Mönch geschlagen wird, dann schlagen überall die Tempelglocken Alarm. Die Lautsprecher der Moscheen rufen wiederum die Muslims zur Verteidigung auf und es beginnen die Straßenschlachten und das Abbrennen von Geschäften, Häusern und Moscheen. Man kann sein Mütchen kühlen und braucht keine Angst zu haben, dass man vom Staat bestraft wird, zumal ein Teil des als Vorbild verehrten buddhistischen *sangha* (Mönchsgemeinde), ob als verkleidete Provokateure oder durch Überzeugung, den Mob anführt.

Die Militärs wiederum zeigen sich in Presse und Fernsehen ständig an der Seite von Mönchen. Millionen spenden sie für die Restaurierung von Tempeln, für das Errichten von Klöstern und neuen Pagoden. Der Buddhismus wird auf infame Art und Weise korrumpiert. Der Militärdiktator Ne Win sprach ja schon in den 1970er Jahren vom „buddhistischen Weg des Sozialismus“. Auch er ließ Pagoden bauen und gleichzeitig seine Gegner umbringen und Feldzüge gegen die ethnischen Minderheiten führen. Die bud-



Roland Platz

Rohingya bei Hpa-an (Hauptstadt von Karen-State)

dhistische Gemeinschaft, die sich 1989 und danach mehrheitlich gegen die Militärs stellte, wird immer wieder erfolgreich von den herrschenden Militärs kontrolliert und vereinnahmt. Die Militärs, so scheint es, fühlen sich in der Tradition der birmesischen Könige, die uneingeschränkt regieren konnten und durch den Buddhismus legitimiert wurden.

Angesichts dieser Ausgangslage ist kein Ende der Fluchtbewegung nach Bangladesch abzusehen. Ein großer Teil der Flüchtlinge wartet in den Lagern in Bangladesch ab, bis sich die Lage im eigenen Land wieder beruhigt und kehren dann mehr oder weniger freiwillig nach Myanmar zurück. Dort sind sie dann wieder der Willkür der Militärs ausgesetzt. Und so wird auch die jüngste hochkarätige Delegationsreise des UNHCR im Juli 2006 in die neue myanmarische Hauptstadt Premierminister Soe Win und Außenminister Nyan Win kaum zu einem Politikwechsel bewegt haben. Und Bangladesch hat genug mit sich selbst zu tun und pflegt daher auf Staatsebene ein entspanntes Verhältnis mit Myanmar. Beiden Staatsführungen ist das Problem mit den Rohingyas spürbar lästig.